

## Castrop-Rauxel: Regierung zu Verbraucherbeschwerden befragt

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Breilmann hat sich nach Berichten über unseriöse Geschäftspraktiken eines Düsseldorfer Telekom-Anbieters, von denen auch Verbraucher aus Castrop-Rauxel betroffen waren, umgehend mit der Bitte um Aufklärung an die Bundesregierung gewandt. Einige Telefonkunden, die aufgrund des ähnlichen Namens und Auftretens von einer Kontaktaufnahme der Deutschen Telekom AG ausgingen und mit ihrer Unterschrift lediglich ihren bestehenden Telefontarif anpassen wollten, wechselten ungewollt den Anbieter. Das Vorgehen dieses Telekommunikationsanbieters ist der Bundesregierung bekannt, so die Antwort auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten. Gesetzesänderungen halte sie jedoch für nicht erforderlich. Bei allen Fragen der Rückabwicklung eines ungewollten Anbieterwechsels stünden die BNetzA, die zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörden sowie die örtlichen Verbraucherzentralen als Anlaufstellen zur Verfügung.

## „360-Grad-Blick“: Linksextremismus effektiver bekämpfen

Die Bedrohung der Sicherheitslage in Deutschland durch den gewaltbereiten und gewalttätigen Linksextremismus war diese Woche mehrfach auf der Tagesordnung des Bundestages. Am Mittwoch stand auf Antrag der CDU/CSU-Fraktion ein Bericht der Bundesregierung zum Ende des Dresdner Strafverfahrens gegen die Linksextremistin Lina E., den Reaktionen und Ausschreitungen nach dem Schuldspruch sowie Konsequenzen für die Bekämpfung des Linksextremismus in Deutschland auf der Agenda



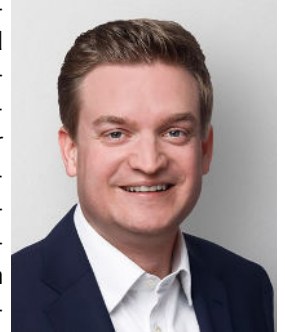
„Es gibt keinen guten und keinen schlechten Extremismus, wir dürfen nicht auf dem linken Auge blind sein“: CDU-MdB Michael Breilmann befragt als zuständiger Fachsprecher der CDU/CSU-Fraktion im Innenausschuss die Bundesregierung zur Sicherheitslage in Deutschland. (Foto: Privat)

des Innenausschusses. Eine Mehrheit von 59 Prozent der Bundesbürger ist der Ansicht, dass vom Linksextremismus in Deutschland aktuell eine Gefahr ausgeht. Persönlich bedroht fühlen sich die Menschen von Rechtsextremismus, Linksextremismus und radikalen Islamisten nahezu gleichermaßen. Das zeigen Ergebnisse einer Umfrage im Auftrag der Deutschen Presse-Agentur. „Man stelle sich vor, was los wäre, wenn es rechte Gewalttäter wären, die ein Wochenende lang eine Großstadt in den Ausnahmezustand schicken und Einsatzkräfte attackieren. Die Aufregung wäre grenzenlos. All das ist in Leipzig geschehen - nur waren es eben Linksextremisten“, so Breilmann: „Wir brauchen daher einen Aktionsplan der Bundesregierung gegen Linksextremismus“. Hinter den Überfällen von Lina E. und ihren Mittätern stehe eine tiefe Verachtung des Staates und

seiner Institutionen. Solchen Tendenzen müsse sich der Staat entgegenstellen, damit sich die politischen Extreme nicht gegenseitig hochschaukelten. In einer Bundestagsdebatte auf Antrag der AfD am Donnerstag zu linksextremistischen Gewalttaten zeigte sich die Union erstaunt, dass sich die AfD in ihrem Antrag auf Einschätzungen des Bundesamtes für Verfassungsschutz beziehe, welches sie im Falle des Verdachts rechtsextremer Strömungen in der AfD-Jugend ständig diskreditiere. Bundesinnenministerin Faeser dürfe nicht auf einem Auge blind sein. Gefragt sei ein ideologiefreier 360-Grad-Blick.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,

diese Sitzungswoche stand auch im Zeichen sicherheitspolitischer Herausforderungen. Donnerstag erreichten mich dann die schockierenden Berichte



über die Ausschreitungen in Castrop-Rauxel. Ein Streit zwischen zwei Großfamilien mit 70-80 Personen endete in einer Massenschlägerei im Bereich Wartburgstraße. Die Polizei war mit einem Großaufgebot vor Ort. Am Ende waren sechs Männer verletzt. Vier leicht, zwei schwer und einer sogar lebensgefährlich. Die Ermittlungen dauern an. Herzlichen Dank an die Polizeibeamtinnen und -beamten für ihren Einsatz! Wir brauchen eine vollständige Aufklärung. Ich habe gegenüber dem Bürgermeister bereits um Sondersitzungen der zuständigen Gremien gebeten. Nach dem Vorliegen der Ermittlungsergebnisse muss es zeitnah und ohne Scheuklappen um Konsequenzen gehen. Ich bin froh, dass Castrop-Rauxel dem von Innenminister Reul begründeten Netzwerk der „Sicherheitskooperation Ruhr“ angehört. Dort arbeiten Vertreter von Landes- und Bundespolizei, Zoll und einiger Ruhrgebietsstädte zusammen. Auch dieses Instrument gilt es jetzt zu nutzen und die Konsequenzen der Ereignisse zu beraten. Wir dürfen die Augen nicht vor der Realität verschließen. Damit treibt man Wähler nur in die Fänge von Radikalen. Es darf keine rechtsfreien Räume geben, für mich gilt ein strikter Null-Toleranz-Kurs!

Ihr

*Michael Breilmann*

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Recklinghausen I



## Hauptstadtvisite: Besucher aus Region im Bundestag



Politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger aus der Region Recklinghausen begrüßte der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Breilmann am Mittwoch in Berlin. Dort informierte der Abgeordnete über seine Arbeit und diskutierte aktuelle Fragen. Neben dem Besuch einer Plenardebatte standen für die Gäste Führungen im Berliner Abgeordnetenhaus von Berlin und in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand sowie Gespräche im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und mit dem Umweltbundesamt auf dem dreitägigen Info-Programm. (Bild: Privat)

## NS-Architektur: Forschungsergebnisse präsentiert



CDU-MdB und Bauausschussmitglied Michael Breilmann besuchte am Mittwoch für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Akademie der Künste in Berlin. Am historischen Ort am Pariser Platz findet die mit Bundesmitteln geförderte Ausstellung „MACHT RAUM GEWALT. Planen und Bauen im Nationalsozialismus“ statt. Präsentiert werden die Ergebnisse des Forschungsprojekts „Planen und Bauen im Nationalsozialismus. Voraussetzungen, Institutionen, Wirkungen“. In 150 Kurzbiographien werden Architekten, Ingenieure und Stadtplaner dieser Zeit vorgestellt. (Bild: Privat)

## Knappschaftskrankenhaus Bottrop zu Gast in Berlin



CDU-MdB Michael Breilmann begrüßte Mittwoch eine Trainee-Gruppe aus dem Knappschaftskrankenhaus Bottrop, dem Akademischen Lehrkrankenhaus der Universität Duisburg-Essen, unter der Leitung von Geschäftsführer Stefan Grave im Deutschen Bundestag. Nach dem Besuch einer Plenarsitzung führte Breilmann die Besucher auf die Reichstagskuppel und stellte sich ausführlich den zahlreichen Fragen der Teilnehmer. (Bild: Privat)

## Etatkrise: Bundeshaushalt für 2024 endlich vorlegen

Diese Woche verstrich eine Frist, innerhalb der die Ressorts ihre Einzelpläne für die Aufstellung des Bundeshaushalts 2024 beim Finanzminister vorlegen sollten. Annähernd 20 Milliarden Euro beträgt das zu deckende Defizit, wenn die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse eingehalten werden soll. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und Finanzminister Christian Lindner (FDP) haben es bis dato nicht geschafft, die Realitäten des Haushalts mit den Wünschen der Ampel-Koalitionäre unter einen Hut zu bringen. Dieses Unvermögen zeigt die innere Zerrissenheit der Koalition. CDU-MdB Michael Breilmann: „Ich fordere von der Ampel, noch vor der Sommerpause endlich einen Entwurf für den Haushalt 2024 vorzulegen. Dabei sind jegliche Versuche, die Schuldenbremse zu umgehen, zu unterlassen. Wir brauchen eine echte Prioritätensetzung, spürbare Stelleneinsparungen in den Bundesministerien und den Verzicht auf Steuererhöhungen“.

### Impressum:

Ausgabe Nr. 32 der 20. Wahlperiode

16. Juni 2023

Herausgeber:  
Bundestagsbüro M. Breilmann  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Tel.: 030/ 227-72555

Email:  
michael.breilmann@bundestag.de  
Redaktion/ V.i.S.d.P:  
M. Breilmann MdB/H. Häbeler